

ROLF REISSIG

EIN UMSTRITTENER DIALOG UND SEINE FOLGEN

25 JAHRE GEMEINSAMES GRUNDSATZPAPIER VON SED UND SPD

Dialog ist dort am nötigsten, wo er unmöglich scheint. In einer Zeit scharfer Ost-West-Konfrontation begannen 1982 zum ersten Mal regelmäßige Gespräche zwischen SPD und SED. Dabei rückte besonders der Grundsatzdialog zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Denn hier wurde über das diskutiert, was ansonsten als störend ausgeklammert blieb: die entgegengesetzten ideologischen und Wertorientierungen. Das betraf vor allem die Werte Frieden, Fortschritt, Arbeit, Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftlicher Wandel. 1987 präsentierten die beiden wissenschaftlichen Institutionen dann ein Grundsatzpapier, das in Ost und West großes Aufsehen erregte.

Über die konkreten Zeitumstände hinaus ist diese Grundsatzerklärung erstaunlich aktuell: Die Verschärfung der globalen Konflikte heute verlangt die Rückbesinnung auf eine Kultur des Dialogs und eine neue globale gesellschaftliche Transformation.

Die Überraschung war perfekt. Nach Jahrzehnten erbitterter Auseinandersetzungen und Feindschaft zwischen SPD und SED präsentierten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED am 27. August 1987 erstmals ein gemeinsames Grundsatzpapier mit dem Titel «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit». Die Erklärung sorgte umgehend für Irritationen. Nicht alle wussten sie produktiv zu nutzen. Statt die politischen Karten neu zu mischen, wurde das Resultat des Dialogs nicht selten in die alten Schubladen einsortiert. Die Kritiker in der Bundesrepublik sahen darin einen «Verrat der Sozialdemokratie an der westlichen Wertegemeinschaft», die in der SED eine beginnende «Sozialdemokratisierung» der Staatspartei und eine «Aufweichung der DDR». Verwundern kann das kaum, denn mit diesem Unterfangen wurde Neuland beschritten, was für beide Seiten Chancen und Risiken barg.

Begonnen hatte das einzigartige Experiment knapp fünf Jahre zuvor, als SPD und SED 1982 direkte Gespräche miteinander vereinbart hatten. Die Zuspitzung der menscheitsgefährdenden Konflikte – das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West, der Nord-Süd-Konflikt und der globale Umweltkonflikt – in den 1970er und 1980er Jahren hatte auch innerhalb beider Parteien ein neues Denken und die Bereitschaft zum Dialog befördert.

Die erste Initiative zum Dialog ging übrigens nicht, wie in der DDR verbreitet, von Erich Honecker, sondern von Willy

Brandt aus. Dieser schlug nach dem Regierungsverlust der SPD im Herbst 1982 in einem persönlichen Brief an den SED-Generalsekretär vor, zusätzlich zu den offiziellen Regierungskontakten zwischen Bonn und Berlin flankierende Parteigespräche aufzunehmen. In Absprache mit Willy Brandt traf sich dann Günter Gaus, vormals Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR, im November 1982 zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Honecker, um das Anliegen des SPD-Vorsitzenden zu erläutern. In den folgenden Gesprächen zwischen SPD- und SED-Politikern standen Fragen des Abbaus der militärischen Spannungen und der praktischen Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sowie der Situation der Menschen im geteilten Land im Mittelpunkt. Von Ideologiegesprächen oder einem Grundwertedialog war vorerst keine Rede; das sollte sich Anfang 1984 ändern.

Der von 1984 bis 1989 stattfindende Dialog zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED war ein Sonderfall der üblichen deutsch-deutschen Kontakte und auch in Hinsicht auf die anderen Gespräche zwischen SED und SPD etwas Besonderes. Gegenstand dieses Grundsatzdialogs waren nicht die kleinen (notwendigen) Schritte der Deutschlandpolitik, sondern die großen ideologischen Streitfragen des Ost-West-Konflikts. Damit wurde erstmals über das geredet und gestritten, was ansonsten bewusst ausgeklammert blieb, weil es beide Seiten seit jeher voneinander trennte, Kompromisse in den anstehenden Sachfragen verhinderte und des-

halb als störend empfunden wurde: die entgegengesetzten Ideologien und Wertorientierungen der Systeme in Ost und West. Gespräche solchen Inhalts gehörten nicht in die Kompetenz der Regierungen. Und nicht einmal Parteiführungen waren dafür geeignet, eher schon wissenschaftliche Institute oder Intellektuelle aus Ost und West. Kein Wunder, dass die Idee für solche Gespräche nicht aus den Parteigremien kam, sondern zuerst von Helmut Seidel, einem Leipziger Philosophieprofessor, in einem Gespräch mit Erhard Eppler, dem Vorsitzenden der Grundwertekommission der SPD, geäußert wurde.

Sowohl im Präsidium der SPD als auch in den Führungskreisen der SED betrachtete man diese Gespräche zunächst wohl eher als «Spielwiese» von Intellektuellen, die über kein Mandat ihrer Parteien in der Deutschlandpolitik verfügten. Doch erlangten gerade diese Diskussionen eine Eigendynamik, die beide Parteien überraschte und vor allem die SED-Führung alsbald überforderte. Debattiert wurden im Verlauf der sieben Treffen Fragen der Friedens- und Reformfähigkeit beider gesellschaftlicher Systeme, der Demokratie, der Menschenrechte und des gesellschaftlichen Wandels in Ost und West. Wechselseitige Lerneffekte blieben da nicht aus. Die ab dem vierten Treffen als Gäste teilnehmenden Journalisten aus Ost und West fanden das Geschehen gerade in den ersten Jahren ausgesprochen sensationell. In der *Zeit* vom 28. August 1987 war vom «Beginn einer faszinierenden Expedition» die Rede. Der Journalist und Historiker Peter Bender meinte im WDR am 3. März 1987, «es fehle aller Dogmatismus, alle Rechthaberei» und die DDR-Gesellschaftswissenschaftler sprächen «selbstkritisch und tastend. Man müsse suchen, lernen, Erfahrungen sammeln, neu durchdenken und umdenken.» Trotz der Einbindung der DDR-Gesellschaftswissenschaftler in das politische System der SED zeigten sich damals – wie Eppler es formulierte – bei ihnen neue «Prozesse der Differenzierung, der Wandlung, der Öffnung, eines Ringens mit neuen Realitäten».

An ein gemeinsames Papier hatte zunächst niemand gedacht. Erst während des vierten Treffens im Februar 1986, das sich mit friedlichem Systemwettbewerb und ideologischer Streitkultur beschäftigte, war es Eppler, der angesichts der bislang spannendsten Diskussionsrunde den Vorschlag eines gemeinsamen «Protokolls» unterbreitete. Daraus wurde dann das gemeinsame Papier, verfasst von Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, und mir, der erstmals bei diesem Treffen dabei war und dort das Einführungsreferat hielt. Die abschließende Redaktion, in den Händen von Erhard Eppler, wurde von ihm mit Otto Reinhold, dem Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED, abgestimmt.

Der Inhalt des mit «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» überschriebenen Textes war bemerkenswert. Dem Papier lag die Idee zugrunde, dass die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Systemen in Ost und West auf eine neue Grundlage zu stellen seien. Die drei zentralen Begriffe dafür lauteten: gemeinsame Sicherheit, friedlicher Systemwettbewerb, neue politische Streitkultur. Frieden, so hieß es, könne nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden. Der potenzielle Gegner sei zugleich der unentbehrliche Partner der Friedenssicherung. Das war ein Bruch mit dem Freund-Feind-Denken, wie es Ost und West bislang praktiziert hatten. Der Systemwettbewerb sollte in einem neuen Rahmen, bei Akzeptanz gemeinsamer Spielregeln, ausge-

tragen werden. Beide Seiten sollten danach nicht mehr auf Abschaffung des anderen Systems setzen, sondern auf dessen Existenzberechtigung und dessen Friedens- und Reformfähigkeit. Notwendig sei die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, und dies in den jeweiligen Gesellschaften selbst, also auch in der DDR. Plädiert wurde für eine neue politische Kultur des Dialogs und der Demokratie in den Gesellschaften und für deren Ko-Evolution. Kritik, auch in scharfer Form, dürfe nicht mehr als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen werden. Vielmehr sei ein breiter gesellschaftlicher Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten notwendig. «Das schließt», so die wörtliche Formulierung im gemeinsamen Papier, «auch den Besuch und Gegenbesuch, die Teilnahme an Seminaren, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Veranstaltungen über die Systemgrenzen hinweg ein.» Der bekannte Schriftsteller Rolf Schneider sprach kurz nach der Veröffentlichung in einem *Spiegel*-Essay vom SPD-SED-Papier als «Magna Charta einer möglichen Perestroika in der DDR».

Es kam für alle, gerade auch für die Autoren, überraschend, dass die SED-Führung einem solch ungewöhnlichen Ideologiepapier zugestimmt hatte. Noch dazu, da es kein Auftragswerk war und nicht mit der SED-Führung abgestimmt worden war. Die Entwürfe, auf SED-Dialogseite nie gemeinsam diskutiert, erreichten Honecker und das Politbüro aus guten Gründen nicht. Das Ideologiepapier war bereits am 27. Juni 1987 durch das SPD-Präsidium gebilligt worden, als es Reinhold am 16. Juli dem im Urlaub weilenden Honecker schickte. Schon einen Tag später bekam er es mit der Randbemerkung zurück: «Einverstanden. E. H. PB [Politbüro] zur Entscheidung vorlegen. Dokument wäre von großer historischer Bedeutung – für Diskussion und Aktion der Arbeiterbewegung.» Erich Honecker wie dem Politbüro galt das Papier als «wichtiger Akt der DDR-Friedenspolitik» und Schritt der Einbeziehung der SPD in die angestrebte, ost-west-übergreifende «Koalition der Vernunft». Ein strategisches Konzept des Umgangs mit diesem Streitpapier wurde nicht diskutiert. Die Ausarbeitung einer parteiinternen Information sollte genügen, um den 2,3 Millionen SED-Mitgliedern zu «helfen», das SED-SPD-Papier als Friedensdokument und Erfolg der SED-Friedensstrategie zu verstehen. Ein Legitimitätsgewinn schien sicher.

Was sich damals bereits abzeichnete und später bestätigte – die SED-Führung, aber auch die Mehrzahl der Funktionsträger hatten Sinn und Anliegen des Papiers und die mit ihm verbundene und unverhoffte Chance nicht erfasst. Ein Umdenken fand nicht statt (übrigens auch nicht im Westen). Honeckers Experiment einer Öffnung nach außen war ohne die erforderlichen innenpolitischen Folgerungen gedacht. Im gemeinsamen Papier war dagegen erstmals der untrennbare Zusammenhang zwischen außen- und innenpolitischem Dialog explizit formuliert worden. Die SED glaubte jedoch, ihre bisherige Doppelstrategie – Dialog und gewisse Flexibilität nach außen, Dialog- und Reformverweigerung nach innen – unbeschadet fortsetzen zu können. Doch genau diese Strategie scheiterte in der Folge zusehends.

In der SED entwickelte sich nach Verabschiedung des Papiers und seiner Veröffentlichung im *Neuen Deutschland* ein relativ offener und kritischer Meinungsstreit um die neuen Begriffe und die alten Glaubenssätze. Genau genommen war es die lebhafteste, interessanteste und kontroverseste

Diskussion seit Jahren, wahrscheinlich sogar seit der in den 1960er Jahren geführten Auseinandersetzung um das Neue Ökonomische System und um den Prager Frühling 1968. Es dominierte zunächst ein Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung, mit den Veränderungen in Moskau und dem gemeinsamen SED-SPD-Papier nun endlich die ideologischen Schützengräben verlassen und offener über die drängenden Probleme in der DDR diskutieren zu können. Unter DDR-Intellektuellen kam eine Debatte in Gang – unter anderem über Friedens- und Reformfähigkeit der Systeme, Dialog und Demokratie, Sozialismus und Wettstreit um zukunftsfähige Gesellschaftsmodelle –, die auch im Westen als Reformdiskurs von Sozialisten Beachtung fand.

Eine fast einhellige Zustimmung zum SPD-SED-Papier gab es in der Evangelischen Kirche der DDR, stimmten doch viele Forderungen des Papiers mit ihren eigenen überein. Man verband damit neue Hoffnungen auf Überwindung der Abgrenzungspolitik der SED und auf einen Wandel in der DDR, damit diese ihren «selbst propagierten demokratischen und sozialen Ansprüchen besser entspreche». Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR forderte die Staatsführung der DDR auf, die im Papier mit der SPD eingegangenen Verpflichtungen schrittweise umzusetzen, besonders die Forderungen nach einem offenen Dialog zwischen Staat und Bürgern und nach Akzeptanz für sogenannte Andersdenkende.

Entgegen heutigen Deutungen fand das gemeinsame Dialogpapier selbst bei einer Mehrheit in den Bürgerrechtsgruppen zunächst alles in allem einen positiven Widerhall. Dazu trug auch der Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987 bei. Das Papier diente Bürgerrechtlern zugleich als Berufungsinstante für ihre seit Langem erhobenen, kritischen Forderungen an die DDR-Machthaber. Die Skepsis, ob aus dem Inneren des DDR-Machtgefüges noch Impulse für eine Demokratisierung der Gesellschaft kommen könnten, war weit verbreitet. Die Ereignisse um die Umweltbibliothek im Herbst 1987 und um die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Frühjahr 1988 verstärkten diese zusätzlich.

Auch international fand dieses Dialogpapier erhebliche Resonanz – gerade unter kommunistischen Parteien in Ost- und Westeuropa sowie in der Sozialistischen Internationale. So fand 1988 ein Treffen zum SPD-SED-Papier im nordrhein-westfälischen Freudenberg statt, an dem sechs kommunistische sowie elf sozialdemokratische und sozialistische Parteien teilnahmen.

Trotz unterschiedlicher Reaktionen war das SPD-SED-Papier in der DDR-Gesellschaft mehrheitsfähig geworden, nur anders, als es sich die SED-Führung vorgestellt hatte. Kaum jemand bestritt seinen Wert als Ausdruck neuen Denkens in Ost-West-Sicherheitsfragen und den Anteil der SED daran, aber das eigentlich Interessante am Papier waren für diese Mehrheit in der DDR die Forderungen nach offener Diskussion innerhalb eines jeden Systems, nach Einbeziehung aller Personen und Gruppen in den gesellschaftlichen Dialog, nach Informiertheit der Bürger, nach Systemwettstreit und Reformen. Dabei ging es dieser Mehrheit damals keineswegs um die Abschaffung der DDR, sondern um deren Demokratisierung und um gesellschaftlichen Wandel in Ost und West. Eine für die DDR der 1980er Jahre einmalige Situation und Chance.

Die konservativen Gegner des Dialogpapiers in der SED waren zunächst in die Defensive geraten. Der Dialog als eine spezifische Form der öffentlichen Diskussion und Meinungs-

bildung kollidierte in der DDR mit dem Monopolanspruch der SED auf Wahrheit. Kurt Hager, SED-Politbüromitglied und oberster Ideologiewächter, zog schon nach wenigen Wochen die Notbremse. In einer Rede vor Parteiaktivisten in Frankfurt (Oder) im Oktober 1987, die im *Neuen Deutschland* publiziert wurde, interpretierte er wesentliche Passagen des Papiers, wie die zur Friedensfähigkeit des Kapitalismus, zum Abbau der Feindbilder, zum gesellschaftlichen Dialog, um. Staatssicherheitschef Erich Mielke schrieb zwischen 1987 und 1989 fünf Informationen an Erich Honecker und einen ausgesuchten Kreis im Politbüro, in denen er über die «gefährlichen» Diskussionen berichtete, die das Papier in reformorientierten Kreisen der SED, in den Kirchen und unter den «negativ-feindlichen Kräften des Untergrunds» ausgelöst habe. Es werde von diesen Kreisen, unterstützt durch führende SPD-Politiker, als innenpolitisches Dokument «missbraucht».

Die seitens der SED-Führung eingeleitete «Missbrauchskampagne» sollte den Geist wieder in die Flasche zwingen. Die Parteiapparate stufte das «historische Dokument» zurück als ein Papier zweier wissenschaftlicher Einrichtungen, das keine strategische Bedeutung für die Gesamtpolitik der Partei habe. Die Medien wurden durch den im Politbüro für die Agitation verantwortlichen Joachim Herrmann angewiesen, «nichts mehr zu diesem Thema des Dialogpapiers zu bringen», da es zu «Konfusionen und Illusionen in der SED» geführt habe. Das Papier durfte bereits im Herbst 1987 nicht mehr als Broschüre gedruckt werden. Der Vorschlag beider Institutionen, der Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, eine deutsch-deutsche Schulbuchkommission zu bilden, wurde von der Volksbildungsministerin Margot Honecker brüsk zurückgewiesen. Die SED-Führung verweigerte den inneren gesellschaftlichen Dialog – vor allem zwischen Kirchenrepräsentanten, Bürgerrechtlern und SED-Vertretern. Selbst auf den offiziellen DDR-Kirchentagen 1988 durften SED-Vertreter und DDR-Gesellschaftswissenschaftler nicht an Diskussionen des Papiers teilnehmen.

Gleichwohl stand die Mehrheit in der SED auch dann noch hinter der Grundsatzklärung, als die Führung bereits zurückruderte. Die offene Auflehnung aber war bis zum Spätsommer 1989 eher selten. Die verinnerlichte Parteidisziplin und das Hoffen vieler auf Veränderung von «oben» und aus der SED selbst wirkten dem lange Zeit entgegen. Die Kritik jedoch nahm zu, parteiintern, aber auch öffentlich. Gegen «Abweichler» und «Nörgler» in der SED wurden allein 1988 rund 23.000 Parteiverfahren durchgeführt. Der Druck auf die kritisch eingestellten Genossen und Parteiintellektuellen verstärkte sich. Nach außen aber setzte die SED-Führung ihre Politik des Verhandels und des Dialogs fort. Die restaurativen Kreise und Parteiapparate der SED konnten noch einmal ihre Vormachtstellung behaupten. Es wurde jedoch ein Pyrrhussieg, denn die Glaubwürdigkeitskrise der SED-Führung vertiefte sich zusehends.

In der DDR-Bevölkerung wurden alsbald Forderungen laut, die weit über die des SPD-SED-Papiers hinausreichten. Für die Ereignisse im Herbst 1989 war jedoch typisch, dass es nicht nur eine Bewegung gegen die Staatspartei gab, sondern auch eine Reformbewegung in ihr. Die ost- und die westdeutschen Dialogakteure hatten zu lange die Reformfähigkeit des Sozialismus über- und die Abwendung der Menschen von der DDR unterschätzt. Dass Dialog und Reform in der DDR scheiterten, war Folge der systemimmanenten Blockadestrukturen des Sozialismus sowjetischen Typs, wie

er auch in der DDR frühzeitig etabliert worden war. Aber wie die unterschiedlichen Wege in der Sowjetunion oder Ungarn einerseits und der DDR und der Tschechoslowakei andererseits zeigten, konnte die Systemtransformation durch die herrschenden Eliten selbst von oben eingeleitet oder von unten gegen sie erstritten werden. In Polen wurde am Runden Tisch ein Pakt beider Kräfte geschlossen.

Sinn und Anliegen des Dialogpapiers sind damit jedoch nicht infrage gestellt. Die Politik des Dialogs hat, anders als die der Konfrontation, entscheidend zur Zivilisierung des epochalen Ost-West-Konflikts und zur Öffnung der geschlossenen Ost-West-Strukturen beigetragen, partiell die politische Kultur in der DDR und selbst die innerhalb der SED verändert, dort das demokratisch-sozialistische Potenzial gestärkt und schließlich zum friedlichen Verlauf des zunächst nichtintendierten Umbruchs 1989 beigetragen.

Die Ausgangssituation in der Bundesrepublik war eine andere. Meinungsstreit und Dialog gelten als Bestandteile moderner pluralistischer Gesellschaften. Auf welche strukturellen und mentalen Blockaden, Vorurteile und Abwehrreaktionen neue Formen der Streitkultur – zumal zwischen ungewöhnlichen Partnern und Konkurrenten – dennoch treffen konnten, zeigte sich in den Diskussionen um die Grundsatzklärung. Zentrale Thesen des Papiers – wie die von der wechselseitigen Akzeptanz der Existenzberechtigung und der prinzipiellen Friedens- und Reformfähigkeit – stießen keineswegs nur bei den Regierenden im Osten, sondern auch bei denen im Westen auf heftigen Widerspruch. Unmittelbar nach Veröffentlichung sprach *Die Welt* von einem «schmachvollen Papier», bezeichnete der *Rheinische Merkur/Christ und Welt* die Sozialdemokraten als «nützliche Idioten» und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* meinte, das Papier sei nur zustande gekommen, weil die SPD die Lehre aus ihrer Parteigeschichte vergessen habe und die «Gefahren des Kommunismus» ignoriere. Der Sieger könne deshalb nur die SED sein. Breite Ablehnung erfuhr vor allem die These vom politischen Veränderungsbedarf im eigenen Herrschaftsbereich, der wurde nur aufseiten des Systemkonkurrenten gesehen. Pointiert ausgedrückt bildete sich – wenn auch unbeabsichtigt – eine konservative Allianz von Kräften in der DDR und in der Bundesrepublik gegen eine neue «Kultur des politischen Streits» und des Eintretens für progressiven gesellschaftlichen Wandel in Ost und West heraus. Andererseits fand das SPD-SED-Dialogpapier Unterstützung bei der Mehrheit der Sozialdemokraten, der Grünen, der Gewerkschaften, der kritischen Intellektuellen und in breiten Kreisen der zivilen Gesellschaft.

Was bleibt? Die politische Situation hat sich nach 1989/90 grundlegend verändert. Das Dialogpapier ist ein Zeitdokument und Geschichte geworden. Gleichwohl hat der Abstand zum Geschehen einen erstaunlichen Effekt: Er macht deutlich, wie aktuell es heute ist. Das betrifft gerade die zwei bestimmenden Leitideen des gemeinsamen Papiers: gesellschaftlicher Wandel und Kultur des Dialogs.

Die notwendige sozialökologische und solidarische Transformation war nicht nur für den Osten, sondern auch für den Westen angemahnt worden. Was damals schon in den gemeinsamen Gesprächsrunden und besonders im gemeinsamen Positionspapier angedacht war, wird heute noch offensichtlicher: Die Transformation im Osten, der Untergang der sozialistischen Gesellschaft sowjetischen Typs, ist eben nicht das Ende, sondern lediglich der Auftakt einer neuen, umfassenderen Transformation; im Osten und gerade auch in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften.

Und: Dialog ist dort am nötigsten, wo er unmöglich scheint. Das gilt auch und gerade heute, wo neue globale politische Gegensätze und Feindbilder, herkömmliche und «neue» Kriege das Bild unserer Zeit prägen. Der Ausweg ist nicht, wie wir immer wieder erleben, die Militarisierung des Politischen, sondern die Suche nach Dialog, nach Verständigungsprozessen, in denen trotz konträrer Ausgangslage gemeinsam nach Lösungen gesucht werden muss.

Eine friedvolle, ökologische und solidarische Weltgesellschaft schrittweise zu erringen und zu gestalten wird zur größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts und erfordert wiederum eine neue Kultur des Dialogs und eine neue globale gesellschaftliche Transformation. Dies verlangt deshalb mehr denn je auch den kritischen und gleichberechtigten Dialog zwischen den pluralen Links- und Reformkräften, damit sie sich dieser neuen Herausforderung verantwortungsbewusst stellen können.

Prof. Dr. Rolf Reißig, maßgeblicher Mitautor des SED-SPD-Grundsatzpapiers von 1987, ist tätig am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.). Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter «Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED» (Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 2002) und «Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels» (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009).

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-434 · Fax -122
thimmel@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: August 2012
Lektorat: Text-Arbeit, Berlin
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling